



Pressemitteilung

Ansbach, 09. November 2010

Bürgerinitiative äußert Verständnis für Sorgen von Zivilangestellten, weist Kritik jedoch zurück:

„Parallelwelt am Urlaub nützt niemandem – US-Ausbaupläne Hemmschuh für Wirtschaftsentwicklung“

Militärpräsenz negativer Standortfaktor – US-Großprojekt „städtebaulicher Wahnsinn“

„Die Sorgen der Zivilangestellten bei der US-Armee angesichts des wachsenden Bürgerprotests gegen die negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität der Menschen durch die US-Militärpräsenz können wir nachvollziehen“, erklärte der Vorstand der Bürgerinitiative „Etz langt's!“ (BI) in einer Stellungnahme zu den in der heutigen Ausgabe der FLZ dokumentierten Äußerungen des Betriebsrates in Katterbach. „Allerdings steht auch fest, dass die massive Truppenpräsenz mit ihren über 100 Kampfhubschraubern und Übungsflügen bis zwei Uhr nachts für die große Mehrheit der Bevölkerung mehr Nachteile als Vorteile bedeutet. Eine Militärbasis dieser Größe und ein Hubschrauberbetrieb dieser Form ist in unserer Region nicht vertretbar.“

Dass die Errichtung der gewaltigen abgeschotteten US-Trabantenstadt auf dem Urlaub Arbeitsplätze in Ansbach schaffe, wie die Zivilangestellten behaupten, verwies die BI derweil ins Reich der Fabel: „Die Konzentration der US-Truppen erfolgt aus Kostengründen. Von der Auftragsvergabe profitiert das heimische Handwerk so gut wie nicht, sondern Großkonzerne, die mit Arbeitskräften unter anderem aus Nord- und Ostdeutschland sowie Polen Lohndumping betreiben. Die verdoppelten Verkaufsflächen der Einkaufszentren bezeichnet nicht nur die BI, sondern auch die Stadt Ansbach als überdimensioniert. Zusammen mit dem Neubau eines Hotels und der Schaffung sämtlicher Freizeiteinrichtungen ist Kaufkraftabfluss die Folge. Steuern werden dort nicht abgeführt. Zudem werden wohl deutsche Zivilangestellte Zug um Zug durch US-Angehörige ersetzt, wie ähnliche Einrichtungen in Kaiserslautern zeigen.“ Die am Urlaub entstehende „Parallelwelt hinter Stacheldraht“ nütze folglich niemandem und verkehre das Ziel der Integration überdies ins Gegenteil.

Die BI verteidigte ihre Vorschläge für eine zivile Nachnutzung der Militärliegenschaften, wobei – anders als die US-Angestellten behaupten – ein Vergnügungspark am Urlaub nie zu den Anregungen gehörte. „Einen Solarpark auf dem Flugfeld können wir uns schon eher vorstellen.“ Diese frühzeitigen Überlegungen für ökonomische Perspektiven jenseits der Stationierung komme auch den Zivilangestellten zugute: Früher oder später wird der Stützpunkt schließen – betrachtet man nur die Milliardenlöcher im US-Militärhaushalt.

Die angebliche Wirtschaftskraft der US-Armee ist so schwach, dass das Militär die Anzahl der Wohneinheiten am Urlaub aufgrund von Geldmangel schon im 1. Bauabschnitt um 30% reduzieren musste. „Wenn soviel Geld vorhanden wäre, wie behauptet, warum bezahlt die US-Armee nicht selbst ihre Verkehrsinfrastruktur, sondern versucht sie auf die Steuerzahler abzuwälzen?“, fragte die BI. „Heute wurde bekannt, dass die US-Armee laut eigener Aussage finanziell nicht einmal in der Lage ist, wenige tausend Euro aufzubringen, um Kindern des laut NATO-Truppenstatut sog. „US-Gefolge“ den Besuch von Ansbacher Kindergärten zu ermöglichen (siehe FLZ, 09.11.10). Die US-Armee gleicht zunehmend einem maroden Unternehmen“, ergänzte die Vorstandschaft.

Für Ansbach und die Region bedeute militärischer Ausbau und Aufrüstung mit immer mehr Hubschraubern eine falsche Weichenstellung für die Zukunft. Das Großprojekt am Urtal auf 150 Hektar ehemals wertvoller Naturfläche sei „städtebaulicher Wahnsinn“ und ein Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung. Das beweisen alle Städte, aus denen die Armee abgezogen ist. Überall entstanden mehr Arbeitsplätze, mehr Lebensqualität und Attraktivität, während die Militärpräsenz auch einen Imageschaden für eine Region bedeutet, die um die Ansiedlung von Zukunftstechnologien, etwa im Bereich erneuerbare Energie, bemüht ist. Dass die US-Armee geplante Windräder bei Katterbach verhinderte, sei nur die Spitze des Eisbergs. „Die Militärpräsenz ist eindeutig ein negativer Standortfaktor“, erklärte der BI-Vorstand abschließend, der den Betriebsrat erneut zu einem Gespräch einladen will, nachdem bereits 2007 ein Meinungsaustausch stattfand.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher